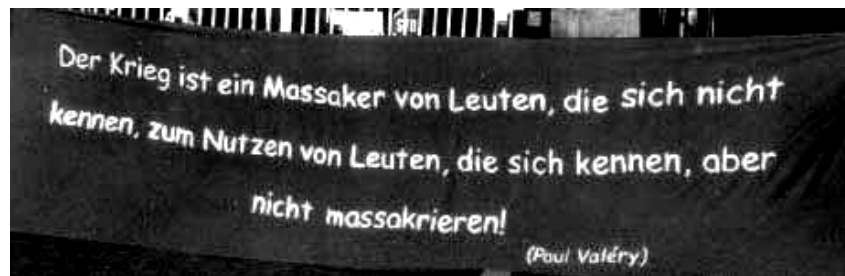


## Internationaler Aktionstag zum dritten Jahrestag des Angriffs auf den Irak.

### Schluss mit den Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen den Iran!

### Stoppt den globalen Krieg!



### Internationaler Aktionstag zum dritten Jahrestag des Angriffs auf den Irak.

Jeden Abend flimmern sie über den Bildschirm: die Bilder von brennenden Panzern oder explodierten Bomben im Irak. Wirklich unblutiger ist dieser "Frieden" nicht als der vorhergegangene "Krieg". Im Irak gibt es zur Zeit eine Menge sozialer Kämpfe - Aufstände, unabhängige Streiks, Bildung von ArbeiterInnenkollektiven, Angriffe auf Kapitalisten, bewaffnete Streikpostenkettens. Sowohl die Besatzungsmacht als auch Nationalisten und Islamisten des "irakischen Widerstandes" greifen Demonstrationen von ArbeiterInnen und Erwerbslosen an. Im Februar dieses Jahres erschienen in den Medien Bilder über die Misshandlung irakischer Jugendlicher mit Schlagstöcken und Fußtritten durch britische Soldaten im Anschluss an eine Arbeitslosendemonstration in Al Amara/Irak - Soldaten des "First Battalion Light Infantry" aus Paderborn waren daran beteiligt. Im Frühjahr 2006 werden 4.000 britische Soldaten aus Paderborn im Süden des Irak die Besatzungsmacht verstärken.

### Schluss mit den Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen den Iran!

Der Vorkrieg hat schon längst begonnen. Wie schon im Vorfeld der Kriege gegen Jugoslawien und gegen Irak wird ein Spektakel mit vielen Lügen in Szene gesetzt. Im Rahmen dieser Inszenierung ist zu befürchten, dass die US-Regierung und ihre Verbündeten den Iran angreifen werden. Im Januar 2005 berichtete die Zeitschrift "The New Yorker" über „extensive Planungen“ Washingtons, um möglicherweise Luftangriffe gegen den Iran zu starten. Mögliche Angriffsziele seien von amerikanischen Geheimdienstkommandos ausspioniert und für den Bombeneinsatz markiert worden. Die Bundesregierung gehört zusammen mit den Regierungen anderer EU-Staaten zu den

treibenden Kräften im Konfrontationskurs gegen den Iran. Eine Beteiligung Deutschlands am Krieg wird von der Bundesregierung ausdrücklich nicht ausgeschlossen - und Frankreichs Präsident Chirac

droht mit dem Atomwaffeneinsatz.

*Eine zentrale Rolle im Atomkonflikt mit dem Iran spielt der Atomwaffensperrvertrag - siehe dazu die Rückseite dieses Flugblattes.*

### Stoppt den globalen Krieg!

Weltweit äußern Arme und Ausgebeutete Ansprüche auf ein gutes Leben und stellen die bestehende Ordnung in Frage. Seit Jahren findet dagegen ein globaler Krieg zur Neuordnung und Sicherung des kapitalistischen Weltsystems statt. In "Friedenszeiten" verhungern weltweit täglich rund 30.000 Kinder. Monat für Monat sterben Hunderte MigrantInnen bei dem Versuch, die Grenzen der EU und der USA zu überwinden. In den "Kriegszeiten" lassen die lokalen und globalen Eliten Hunderttausende von Menschen ermorden. Die Kriege der US-Regierung und ihrer Verbündeten sind nur die spektakuläre Spitze des Eisberges militärischer Gewalt.

#### deutschland im krieg

die geländewagen von Daimler Chrysler  
ihre panzerung von Trasco in Bremen  
der staudamm von Züblin  
die zementfabriken von der Thyssen-tochter Polysis  
der flughafen in Basra von Hochtief  
schon das dritte mobilfunknetz von Siemens

55 deutsche unternehmen auf der  
Rebuild Iraq 2004-messe

60 milliarden soll der wiederaufbau kosten  
225 millionen kunden wollen bedient werden  
und ihr streitet über kriegsgründe

*Jan Egge Sedelies*

weitere Infos: [www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de](http://www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de)

## Zum Atomwaffensperrvertrag - Nonproliferation Treaty, NPT

Der häufig auch als "Atomwaffensperrvertrag" bezeichnete NPT kam im Jahre 1970 nur zu Stande durch ein schon damals höchst umstrittenes politisches Tauschgeschäft: Die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates - USA, Sowjetunion, China, Frankreich und Großbritannien - wurden offiziell als die einzig legitimen Atomwaffenmächte anerkannt und verpflichteten sich zur Abrüstung ihrer Arsenale (NPT, Art. 6); im Gegenzug verzichtete der "Rest der Welt" auf die Anschaffung atomarer Massenvernichtungswaffen, erhielt aber das uneingeschränkte Recht zur Nutzung aller verfügbaren Technologien für die Gewinnung atomarer Energie in Anlagen, die von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) kontrolliert werden.

Dieses politische Tauschgeschäft von 1970 hängt inzwischen nur noch an einem seidenen Faden. Aus vier Gründen:

1. Mangelnde Vertragserfüllung oder offene Verstöße durch manche der inzwischen 188 NPT-Unterzeichnerstaaten:

- Statt ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen, halten die fünf A-Waffen-Mächte in ihren Militärstrategien weiterhin an diesen Massenvernichtungswaffen fest. Die USA entwickeln darüber hinaus neue atomare Waffen und drohen anderen Staaten offen mit dem "vorbeugenden" Ersteinsatz.
- Iran und andere Staaten haben zeitweise Atomanlagen betrieben, ohne dies der IAEO zu melden. In einem Fall hat Iran ein paar Gramm Uran bis zum waffenfähigen Grad hochangereichert.
- Die "nukleare Teilhabe" Deutschlands und anderer Nato-Staaten am Atomarsenal der USA verstößt gegen den NPT.

2. Entwicklungen in einigen Nicht-Vertragsstaaten:

- Israel sowie die beiden verfeindeten Nachbarstaaten Indien und Pakistan sind dem NPT nicht beigetreten. Alle drei sind inzwischen de facto Atomwaffenstaaten.
- Nordkorea ist 2003 aus dem NPT ausgetreten und hat im Frühjahr dieses Jahres verkündet, es verfüge über einsatzfähige Atomsprengköpfe.

3. Kriege und Kriegsdrohungen der USA gegen Länder des Südens seit Ende des Ost-West-Konflikts:

- Insbesondere der Irakkrieg vom Frühjahr 2003 sowie die unverhüllten Kriegsdrohungen gegen "Schurkenstaaten" in der Nationalen Militärstrategie der USA vom September 2002 sowie in anderen Regierungsdokumenten der Bush-Administration haben in Ländern des Südens die Einschätzung gestärkt, die Anschaffung von Atomwaffen sei die beste Versicherung gegen einen Angriff der USA.

4. Die NPT-widrigen Forderungen, die die USA und die EU im aktuellen Konflikt an Iran richten:

- Die USA und die EU verlangen von Iran den dauerhaften Verzicht auf die Umwandlung und die Anreicherung von Uran, obwohl beide Verfahren zum Zwecke der Energiegewinnung durch den NPT erlaubt sind. Hinter dieser von Beginn an zum Scheitern verurteilten Forderung steht die von der Bush-Administration vertretene und inzwischen von der EU übernommene Behauptung, mit den Instrumenten des NPT lasse sich das iranische Atomprogramm nicht verlässlich kontrollieren und daher ein Missbrauch der Urananreicherung zur Entwicklung von Atomwaffen nicht verhindern. Diese Behauptung Washingtons und Brüssels stellt den NPT grundsätzlich in Frage.

*Andreas Zumach (taz 9.8.2005)*